

Der Staat misst mit zweierlei Maß

20.08.2007, 14:10 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *medienbüro.sohn*

Während die Abgeordneten-Pensionen steigen, sinken die Altersbezüge der „Normalbürger“

Bonn/Berlin - Derzeit beglücken Politiker der Großen Koalition die Bürger mit allerlei Vorschlägen und Ideen. Der Sommerloch-Knüller war sicher der dreiste Aufruf zur Abzocke der Deutschen, da diese sich mittlerweile zieren, einer Partei beizutreten. Weil SPD und Union die Mitglieder davon laufen, soll die Parteienfinanzierung deutlich angehoben werden. Man will der Leuten zusätzlich rund 20 Millionen Euro aus der Tasche ziehen, damit der Parteienstaat nicht auf Diät muss. Otto Normalbürger lernt aus solchen windigen Überlegungen: Wenn die Parteien nicht mehr weiter wissen, rufen sie nach dem Staat. Sie könnten sich ja Gedanken darüber machen, warum ihnen die Leute nicht mehr in Scharen zulaufen. Aber es ist halt einfacher, nach immer mehr Staatsknete zu verlangen.

Für uns Bürger gelten natürlich andere Maßstäbe. So warnte vor kurzem der sozialdemokratische „Wählmagnet“ Kurt Beck, der die von ihm geführte Partei hart an die Zwanzig-Prozent-Grenze drückt, die Beschäftigten dürften sich nicht mehr auf ihre staatliche Rente allein verlassen. „Ich sage es in aller Deutlichkeit: Mit der gesetzlichen Rente allein kann niemand seinen Lebensstandard im Alter halten“, so Beck. Diese Botschaft dürfte bei allen außer dem früheren Arbeitsminister Norbert Blüm angekommen sein, der immer noch an sichere Renten glaubt und seinen Ruhestand in der Bonner Südstadt, einem der schönsten Fleckchen in der idyllischen Bundesstadt am Rhein, verlebt.

Es ist völlig klar, dass es ohne private Vorsorge heute nicht mehr geht. Doch können wirklich alle in genügendem Maße privat vorsorgen? Jüngst warnte der Präsident der Deutschen Rentenversicherung <http://www.deutsche-rentenversicherung.de>, Herbert Rische, vor wachsender Altersarmut in Deutschland aufgrund der Rentenreform: „Einer der größten Erfolge der Rentenversicherung war, dass es in den letzten 50 Jahren in der Bundesrepublik keine nennenswerte Altersarmut gab.“ Ob das in Zukunft auch so sei, daran meldete er Zweifel an.

Entgegen den beliebten Klischees, wonach rüstige Rentner ihre Ersparnisse auf Mallorca verjubeln, sinkt das Rentenniveau seit einiger Zeit. Wer im Jahr 2006 in Rente ging, bekam im Schnitt nur noch 790 Euro (im Osten 836) im Monat ausgezahlt. Das sind 93 Euro (im Osten 47) weniger als beim Renteneintritt im Jahr 2000. Bei Frührentnern sanken die Zahlungen nach Berechnungen der Bild-Zeitung <http://www.bild.de> sogar um 14,5 Prozent (im Osten um 12,7 Prozent). Diejenigen, die uns alle zu vermehrten privaten Sparanstrengungen auffordern, die Politiker nämlich, haben im selben Zeitraum ganz gut Kasse gemacht. Die Abgeordneten-Pensionen wuchsen zwischen 2000 und 2006 nämlich um 6,5 Prozent.

Trotz stagnierender Einkommen und steigender Ausgaben für den eigenen Lebensunterhalt tun die deutschen Arbeitnehmer schon einiges, damit sie im Alter nicht am Hungertuch nagen. Allein im letzten Quartal (April bis Juni 2007) schlossen knapp 600.000 Bürger einen Vertrag zur staatlich geförderten Riester-Rente ab. Ähnlich beliebt ist die Betriebsrente, welche die Bundesregierung auch über das Jahr 2008 hinaus von Sozialabgaben und Steuern frei stellen will. Eine Betriebsrente ist nicht nur für den Arbeitnehmer interessant, betonen Experten. Auch der Arbeitgeber profitiere. „Falls sich der Arbeitgeber an der betrieblichen Altersvorsorge der Arbeitnehmer beteiligt, sind diese Aufwendungen als Betriebsausgaben absetzbar. Darüber hinaus stellt eine betriebliche Altersvorsorge eine zusätzliche Motivation für den Arbeitnehmer dar und führt zu einer größeren Unternehmensbindung“, erläutert Alexander Klement vom Nachrichtensender N-TV <http://www.n-tv.de>.

Eine weitere Möglichkeit zur Altersvorsorge sind Aktienfonds. In Deutschland gibt es immerhin 10,5 Millionen Aktionäre. Verbraucherschützer empfehlen das Fonds-Modell, da es für den Kleinanleger von Vorteil ist. In der Regel werden die Fonds professionell verwaltet und enthalten die Aktien vieler Unternehmen. Das vermindert das Risiko. Auf jeden Fall sollte man sich bei einer Sparkasse oder Bank fachmännisch beraten lassen und eine langfristige Geldanlage wählen.

Viele Langzeitarbeitslose oder Arbeitnehmer, die mit über 50 Jahren ihren Job verlieren, werden diese Ratschläge und

die Mahnungen von Politikern wie Beck allerdings wie Hohn empfinden. Wer lange Zeit ohne Arbeit ist, kann nicht zusätzlich privat vorsorgen. Er muss damit rechnen, im Alter finanziell deutlich kürzer treten zu müssen. Noch vor ein paar Jahren war es keine Seltenheit, dass man mit 14 Jahren die Schule verlassen hatte, eine Lehre machte, und dann bis zum 65. Lebensjahr – also ungefähr ein halbes Jahrhundert! – bei zwei oder drei Firmen in Lohn und Brot stand. Diese Zeiten sind vorbei. „Patchwork“-Lebensläufe treten an die Stelle einer 45-jährigen, möglichst ununterbrochenen Arbeitsbiographie.

Wer heute über 50 ist und auf einmal ohne Arbeit dasteht, kann nicht mehr viel tun. Der Jugendwahn in den Unternehmen wird erst in ein paar Jahren wegen des dann einsetzenden Fachkräftemangels zu Ende gehen. Und das sogenannte Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) verbietet es Unternehmen sogar, gezielt Stellen für ältere Arbeitnehmer auszuschreiben. Wer heute jung ist, sollte sich schnellstmöglich mit einem Berater einer Bank oder Versicherung zusammensetzen und ausrechnen lassen, wie viel man vom monatlichen Einkommen für ein hoffentlich langes Leben nach der Rente auf die hohe Kante legen sollte.

Medienbüro.sohn
V.i.S.d.P: Gunnar Sohn
Ettighoffer Strasse 26a
53123 Bonn
Germany

Telefon: +49 - 228 - 6 20 44 7
Telefax: +49 - 228 - 6 20 44 75

Portrait

Online-Nachrichtendienst NeueNachricht www.ne-na.de.

News-ID: 153001 • Views: 1237 (Stand: 29.07.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/153001/Der-Staat-misst-mit-zweierlei-Mass.html>